



Reaktion auf das Interview der Präsidentin der Universität der Bundeswehr München zum Thema „Diversity“ für WELT-online vom 15.11.2018

[zum Interview](#)

Homosexuelle und Transgender - ein weiter Weg zur Mitte der Gesellschaft

Akzeptanz und Toleranz für Homosexuelle und Transgender sind in weiten Bereichen der Gesellschaft mittlerweile vorhanden. Und doch ist für die Betroffenen das Gefühl, in der Mitte der Gesellschaft aufgenommen zu sein, keine Realität.

Zahlreiche Übergriffe in jüngster Vergangenheit zeigen, dass diese Personengruppen noch immer nicht überall **ihr** Leben führen können. Ein Leben ohne Angst gewalttätige Übergriffe oder beleidigende und diskriminierende Kommentare zu erfahren.

Auch die Bundeswehr - als Spiegel der Gesellschaft - ist noch lange nicht am Ziel. Das Lesen des Interviews der WELT mit der Präsidentin der Universität der Bundeswehr München vermittelt hier eine subjektive Wahrnehmung der Präsidentin. Es freut uns, dass sie diese Wahrnehmung in ihrem Hause gewinnen konnte. Jedoch ist dies nicht die Realität in der gesamten Bundeswehr.

Der Arbeitskreis Homosexueller Angehöriger der Bundeswehr e.V. (AHsAB e.V.) - ein 2002 privatinitiativ gegründeter gemeinnütziger Verein - bezieht Stellung und stellt klar.

"Der feministische Einfluss auf die Bundeswehr ist groß" so lautete der Artikel WELT-online am 15.11.2018.

Zuerst stellt sich die Frage: "Welcher Zusammenhang besteht zwischen dem - ohne Frage spürbaren - feministischen Einfluss auf die Bundeswehr und homosexuellen sowie transgeschlechtlichen Menschen?".

Sind es nicht die Betroffenen selbst, die ihre Rechte erkämpfen und für diese jeden Tag aufs Neue eintreten müssen? Im Übrigen war es im November erneut die Bildungsministerin, die eine Gleichwertigkeit von Homo- und Heterosexuellen in Frage stellte. Sie stimmte nicht zuletzt auch gegen die "Ehe für Alle". Demnach ist der feministische Einfluss nicht automatisch ein positiver Einfluss, wenn es z.B. um die Gleichstellung und Gleichbehandlung von allen Menschen - unabhängig ihres Geschlechts, ihrer sexuellen Orientierung oder Identität - geht. Auch finden wir es problematisch, bezogen auf die feministische Bewegung, von einem gesellschaftlichen Trend zu sprechen. Es ist kein Trend, sondern Zurecht das Einfordern der Gleichstellung und Gleichbehandlung von Frauen und Männern.

Frau Präsidentin Prof. Dr. Merith Niehuss meint, dass Homosexuelle und Transgender heute keine Tabus mehr seien. Wenn sie damit meint, dass sich die Führung mit diesem Thema mittlerweile auseinandersetzt, hat sie Recht.

Sich mit der Thematik in der Führung auseinanderzusetzen allein reicht jedoch nicht aus! In weiten Teilen der Truppe ist es ein Tabu. Aus unserer ehrenamtlichen (nicht vom BMVg geförderten) täglichen Arbeit wissen wir, dass es abhängig von Dienstort,

Truppengattung, Dienstgrad und Karrierezielen noch immer schwer bis unmöglich ist, ein freies und selbstbestimmtes Leben zu führen. Bei Opfern von Mobbing, Diskriminierung und Gewalt gibt es auch in der Bundeswehr noch Angst damit offen umzugehen.

Auch ist die Bundeswehr im Bereich Diversity nicht dem Rest der Gesellschaft voraus, wie die Präsidentin für sich feststellte. Viele zivile Unternehmen sind hier deutlich weiter. Aber es ist richtig: Unter der Führung von Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen hat sich sehr viel getan und dafür sind wir ihr sehr dankbar! Doch es bedarf auch weiterhin viel Aufklärungs- und Überzeugungsarbeit und ein gelebtes aktives Diversity-Management, um das Ziel zu erreichen. Hier ist es die politische Ebene, die dafür die Weichen stellen muss.

Die Feststellung von Prof. Niehuss, dass die Bundeswehr "Beauftragte für Homosexuelle" habe und der Workshop "Sexuelle Orientierung und Identität in der Bundeswehr" ein "Outing-Tag" war ist falsch! Sie meinte "Die Ministerin hat alle Personen sich outen lassen, die sich outen wollten.". Dies war weder Intention des Workshops noch wurden die Betroffenen aufgefordert sich "jetzt" zu outen. Ein Outing kann nicht befohlen werden. Es wird erst dann erfolgen, wenn sich Betroffene sicher fühlen und keine Angst vor Benachteiligung oder Gewalt haben müssen.

Im BMVg wurde ein Stabselement für „Chancengerechtigkeit, Vielfalt und Inklusion“ geschaffen. Unsere Erfahrungen zeigen, dass sich an diese Stelle (wie auch an den Wehrbeauftragten) bisher nur wenige Betroffene wenden. Denn die Stellen des Stabselementes werden nach militärischer Logik besetzt. Nur selten findet man hier selbst Betroffene, welche aufgrund ihrer Erfahrungen Hilfesuchenden helfen können. Viele kommen auf diese Posten wie die sprichwörtliche Jungfrau zum Kinde, weil sie zum Beispiel gefördert werden oder eine ministerielle Verwendung durchlaufen müssen. Damit fehlt den Betroffenen das erforderliche Vertrauen und haben Angst Nachteile zu erleiden oder zwangsgeoutet zu werden.

Für ein aktives Diversity-Management fordern wir Diversity-Beauftragte bis auf Einheitsebene. Diese Funktionen sind offen auszuschreiben und durch Freiwillige zu besetzen.

Der AHsAB e.V. möchte als gemeinnütziger Verein im psychosozialen Netzwerk der Bundeswehr aufgenommen werden. Wir haben an fast jedem Standort Mitglieder, die bereit sind ihre Erfahrungen und Expertise zur Verfügung zu stellen.

Der Vorstand

AHsAB e.V.